

Wittgensteiner Zeitung

ersch. täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontanto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Hamburger Bank e. G. m. b. H., Nieberl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postkontanto Nr. 404 49 Amt KBlm. :-

Nummer 247

Preisprophet Nr. 1

Laasphe, Donnerstag den 22. Oktober 1931

56. Jahrgang

Die Zunahme der Erwerbslosen.

Erfreulich ist immerhin, daß in den letzten Wochen die Zunahme der Erwerbslosenzahlen keineswegs so stürmisch von staten ging, wie man erwartet hatte. Das zeigt aber auch, wie bescheiden wir geworden sind. Noch im vergangen Jahre war es das Mindeste, daß ein Stillstand in der Arbeitslosigkeit beobachtet werden mußte, wenn von einer Besserung geredet werden sollte, heute sind wir schon froh, wenn das Tempo des Anstieges der Arbeitslosigkeit sich verlangsamt, wenn die vorausgesetzte Zunahme der Arbeitslosigkeit hinter den Schätzungen zurückbleibt. Allerdings scheint diese Verlangsamung nicht von langer Dauer zu sein, denn gerade in den letzten Tagen haben fast alle südwestdeutschen Werke ihren Angestellten und Arbeitern ohne Ausnahme gekündigt und es kann leider nicht angenommen werden, daß alle diese Kündigungen zum Zwecke einer Lohnherabsetzung erfolgt sind. Eine ganze Anzahl wird wohl wirksam werden.

Ueberhaupt ist die wirtschaftliche Entwicklung durchaus unübersichtlich. Als ein kleiner Hoffnungsstrahl kann auch die Verringerung der Sparkassen-Auszahlungen im September gewertet werden, während die Einzahlungen zum ersten Male seit Mai wieder etwas gestiegen sind. Der Gesamtsparkasseneinlagenbestand erreicht mit 6134,6 Millionen Reichsmark Ende September nunmehr noch etwa die Höhe des August 1930. In den Giroeinzahlungen ist allerdings eine weitere Verringerung eingetreten, sie verminderten sich im September um 26 Millionen auf 765 Millionen Reichsmark.

Berbesserte Reichsfinanzen.

Berlin, 21. Okt.

Die Befürchtungen über eine ungünstige Entwicklung der Einnahmen des Reiches sind — der „Vossischen Zeitung“ zufolge — durch die neuesten Berichte der Finanzämter an das Reichsfinanzministerium nicht bestätigt worden. Die Einnahmen aus den Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben sind in der zweiten Woche des Oktobers erheblich besser gewesen als in der ersten. Wenn diese Entwicklung anhält und äußere Ereignisse nicht eine völlig neue Lage schaffen, kann angenommen werden, daß der neue Voranschlag, der vor Ende der letzten Notverordnung aufgestellt worden ist, eingehalten wird.

Rußlands Devisenhunger.

Deutschland und die Russenwechsel. — Rückgang der russischen Ausfuhr.

Berlin, 21. Oktober.

Die Weltwirtschaft scheint allmählich aus den Fugen zu geraten. Ueber den Besuch Lauals bei Hoover ist man sich immer noch nicht im Klaren, was für Forderungen Laual an Amerika stellen wird und wie weit Amerika den französischen Forderungen entgegenkommen wird. Nun bringt die „Germania“ eine Nachricht, die besagt, daß auch die Russen eine Art Stillhalteabkommen mit Deutschland in Erwägung ziehen.

In Deutschland sind noch eine ganze Menge russischer Wechsel vorhanden, die von den Russen mit allen Mitteln untergebracht werden sollen. Nun scheinen sich hier Schwierigkeiten ergeben zu haben. Die Garantieverpflichtung des Deutschen Reiches für die russischen Ausfuhr dürfte nicht mehr ausreichend für den ganzen Umfang der russischen Anforderungen sein. Man spricht davon, daß verschiedene russische Wechsel prolongiert werden müßten.

Wir haben in Deutschland natürlich kein Interesse daran, daß das Rußlandgeschäft zum Stillstand kommt. Denn das würde ja nur die Zahl unserer Arbeitslosen vermehren. Aber daß die Kreditgarantie des Deutschen Reiches von den Russen dazu benutzt werden soll, ihrem eigenen Devisenmangel auf Deutschlands Kosten abzuhelfen, dürfte doch immerhin zuviel verlangt sein. Der russische Export nach dem Ausland ist im allgemeinen stark zurückgegangen, womit der Devisenmangel Rußlands erklärbar ist. Es ist natürlich damit noch lange nicht gesagt, daß nun auch Rußland an die Reihe der Wirtschaften kommen soll, die vor dem Zusammenbruch stehen. Aber immerhin ist es ein bedenkliches Zeichen, wenn solche Wechselprolongationen sich immer mehr häufen.

Die Reichsregierung hat allerdings die Nachricht der „Germania“, die von einem russischen Moratoriumsentscheid an die Reichsregierung spricht, demüthigt. Nicht demüthigen konnte sie die Tatsache, daß verschiedene Wechselprolongationen von deutschen Firmen abgelehnt wurden. Die drängen den sowjetrussischen Regierungsbefehl an die russischen Handelsdelegationen in Deutschland, Devisen um jeden Preis zu beschaffen, sind schließlich ein Beweis dafür, daß man das russische Auslandsgeschäft in Deutschland mit besonderer Vorliebe betrachtet und abwägen soll, ob nicht hier eine etwas strengere Kontrolle nötig ist.

Dementi der russischen Botschaft.

Die Botschaft der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Berlin erklärt, daß die Ausführungen eines Berliner Blattes über Schwierigkeiten der Sowjetunion, die Zahlungsverpflichtungen an Deutschland zu erfüllen und

Der Wirtschaftsbeirat

Eröffnungssitzung nächsten Donnerstag.

Berlin, 22. Oktober.

In dem bekannten Briefwechsel zwischen Reichspräsident und Reichszentralrat vom 13. Oktober war die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates vorgesehen worden, der in eingehender Beratung zu einer Lösung lebenswichtigster Fragen hinsichtlich der Gestaltung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik gelangen soll. Entsprechend den in dem Briefwechsel festgelegten Aufgaben dieses Wirtschaftsbeirates und der Art seiner Zusammenfassung hat der Herr Reichspräsident nunmehr auf Vorschlag der Reichsregierung

folgende Persönlichkeiten

zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates ernannt:

Geheimer Kommerzienrat Dr. ing. h. c. Ernst von Borfig, Berlin-Tegel;
Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Königsberg;
Reichszentralrat a. D. Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg;
Gewerkschaftsführer Wilhelm Eggert, Berlin;
Gewerkschaftsführer Peter Graßmann, Berlin;
Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg;
Kaufmann Dr. jur., Dr. ing. h. c. Albert Hackelsberger, Döfling in Baden.
Papierfabrikant Georg Handl, Augsburg;
Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf;
Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, Giesen, Kreis Tiedtenburg (Westfalen);
Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Joseph Jahn, Berlin;
Kaufmann Louis Körner, Berlin;
Rittergutsbesitzer von Open, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg;
Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands;
Direktor Dr. rer. pol. h. c. Robert Pferdmenges, Köln;
Bädermeister Ernst Flugmacher, Magdeburg;
Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhardt, Charlottenburg;
Mag. Kössiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf;
Dr. jur. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein A.-G., Berlin;
Geheimer Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der IG. Farbenindustrie A.-G., Berlin;
Dr. jur. Dr. ing. h. c. Paul Silverberg, Industrieller, Köln;
Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, Berlin;
Generaldirektor Dr. ing., Dr. phil. h. c. Albert Böcker, Dortmund;
Fabrikdirektor Willy Witte, Dresden.

Der Herr Reichspräsident hat gleichzeitig mit der Ernennung die Mitglieder zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirates und der Reichsregierung, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Lufher und der Generaldirektor der Eisenbahn, Dr. Dormüller, teilnehmen werden, auf Donnerstag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, in sein Haus eingeladen. Diese Eröffnungssitzung wird unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten stattfinden.

über die Möglichkeit einer Zahlungseinstellung seitens der Sowjetunion vollkommen unklar und als böswillige Schädigung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu bewerten sind.

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission.

Der Reichszentralrat hat die nachstehend genannten Herren eingeladen, in der Eigenschaft von Sachverständigen als Vertreter von Industrie, Handel und Landwirtschaft und als Vertreter der Arbeitnehmer an der Arbeit der Gemischten deutsch-französischen Wirtschaftskommission teilzunehmen:

Staatssekretär a. D. Bergmann, Geheimrat Dr. Bücher, Abraham Fromme, Reichsminister a. D. Dr. Hamm, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Geheimrat Rastl, Clemens Lammers, Reichstagsabgeordneter Lemmer, Dr. Melchior, Generaldirektor Dr. Poensgen, Reichsminister a. D. von Raumer, Graf von Roedern, Karl Schmitz-Duisburg, Dr. von Schnitzler, Weingutsbesitzer Freiherr von Schorlemer-Besler, Staatssekretär a. D. Dr. Simon, Dr. Solmsen, Reichstagsabgeordneter Tarnow, Oberbergat von Velsen, Kommerzienrat Vogel-Chemnitz, Rittersgutsbesitzer Vogelgang, Fabrikbesitzer Bögele-Mannheim, Generaldirektor Welter, Reichsbahndirektor Wolf, Otto Wolff-Köln.

Diese Liste ist nicht ausschließlich und endgültig. Es ist vielmehr vorgesehen, gegebenenfalls auch andere Sachverständige zu den Beratungen der Kommission zuzuziehen.

Bericht aus Braunschweig

im Reichsinnenministerium eingetroffen.

Berlin, 21. Okt.

Wie man vom Reichsinnenministerium erfährt, ist jetzt der vom Reichsinnenminister angeforderte Bericht der braunschweigischen Regierung über die Vorgänge anlässlich der nationalsozialistischen Tagung im Reichsinnenministerium eingetroffen.

Der Bericht deckt sich im wesentlichen mit den bereits mündlich vom braunschweigischen Befehlshaber gemachten Mitteilungen und auch mit der Darstellung, die der Garnisonälteste von Braunschweig, Oberst Greyer, dem Reichsinnenminister gegeben hat.

Severing bei Groener.

Die Berichterstattung über die Vorfälle in Braunschweig hat die Frage aufgeworfen, ob es angängig sei, durch militärische Dienststellen politische und polizeiliche Nachrichten einzuziehen. Von linksstehender Seite wird hierzu gesagt, daß sich in der Doppelrolle Gröners als Reichswehr- und Reichsinnenminister unterträgliche Zustände ergeben könnten, wenn z. B. die militärischen Berichterhalter rechtsgewinnig seien und ihre Objektivität darunter leide. Reichswehrminister Groener ist allerdings der Ansicht, daß gerade militärische Stellen bei Straftaten auf Grund ihrer Ausbildung einen besseren Ueberblick hätten als z. B. ein Zivilbeamter aus der Bürokratie.

Der preußische Innenminister Severing sah sich zur Klärung dieser Frage am Dienstag veranlaßt, dem Reichsinnenminister einen Besuch abzustatten. Die offizielle Besart lautet allerdings dahin, daß es sich um einen reinen Höflichkeitbesuch gehandelt habe. Trotzdem bringt man ihm in politischen Kreisen starke Aufmerksamkeit entgegen. Die preußische Regierung befürchtet von einer Durchführung der angekündigten Maßnahmen Groeners, die Ausnahmebestimmungen vorsehen, eine Beschränkung ihrer eigenen Exekutiv.

Im übrigen verlautet, daß demnächst im Reichsinnenministerium einschneidende Personalveränderungen zu erwarten seien. Eine Bestätigung dieser Maßnahmen bleibt abzuwarten.

Bildungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose

Richtlinien des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 21. Okt.

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 15. Oktober an die obersten Sozialbehörden der Länder ein Schreiben gerichtet, das Richtlinien für die Bildungsmaßnahmen im Interesse jugendlicher Arbeitsloser enthält. Das Schwergewicht der Arbeit an den Jugendlichen wird demnach bei den örtlichen Stellen liegen müssen, die in Zusammenhang mit den Landesarbeitsämtern einen möglichst großen Kreis von Jugendlichen ohne Zwang erfassen sollen.

Berufliche Bildungsmaßnahmen werden im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen müssen. Bei den Jugendpflegeeinrichtungen Maßnahmen wird es sich vor allem um solche der körperlichen Erhaltung und der allgemeinen Bildung handeln, wofür die unentgeltliche Bereitstellung von Turnhallen usw. und die freie Benutzung vorhandener Einrichtungen erforderlich erscheint. Die Finanzierung der Maßnahmen geschieht, soweit es sich um berufliche Ausbildungsmaßnahmen handelt, aus den Mitteln der Reichsanstalt.

Um auch den Jugendlichen, die Beteiligung zu ermöglichen, die nach den Bestimmungen an den Maßnahmen der Arbeitsämter nicht teilnehmen können, hat der Reichsarbeitsminister dem Präsidenten der Reichsanstalt besondere Reichsmittel in Höhe von zunächst 950 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Mittleuropa.

Benesch zur Weltreise. — Neueinsetzung der Habsburger ausgeschlossen.

Prag, 20. Okt.

Außenminister Dr. Benesch hielt am Dienstag in den Ausschüssen der beiden Kammern ein ausführliches Exposé, in dem er sich zunächst mit den politisch-wirtschaftlichen Ereignissen dieses Jahres, insbesondere mit dem Hoover-Moratorium befaßt, das sein Ziel nicht voll erreicht habe. Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland habe sich demnach weiter entwickelt. In politischer Beziehung sei die Position der Tschechoslowakei eine gute. Der Streit um die deutsch-österreichische Zollunion ist im September in Genf beendet worden. Die Minister zitierte die Stelle aus seiner Rede im April dieses Jahres, wo er erklärte, daß der Schritt der deutsch-österreichischen Zollunion die guten Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland absolut nicht berühre. Es sei ein europäisches Problem, an dem drei Großmächte lebenswichtig interessiert seien. In allen mitteleuropäischen Angelegenheiten lasse sich ohne eine Einigung der drei Großmächte

Deutschland, Frankreich und Italien auf die Dauer nichts Konstruktives und Positives machen. Er fügte hinzu, daß sich in Mitteleuropa auch ohne die Tschechoslowakei oder gegen sie nichts Positives machen lasse.

Des weiteren legte Minister Dr. Beneš den allgemeinen Standpunkt der Tschechoslowakei zu den Plänen über die Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa dar. Das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Österreich sei ein gutes, und nach Beendigung des letzten Schrittes habe es der Minister für notwendig und richtig erachtet, dies neuerdings zu betonen. Was irgendwelche neuen mitteleuropäischen Pläne anlange, so erachte die Prager Regierung die Erneuerung irgendwelcher überlebter Formen, (Wiedereinführung der Habsburger) der politischen oder wirtschaftlichen mitteleuropäischen Einheit nicht für möglich. Jede kommende Zusammenarbeit müsse neue Formen suchen.

Chinas Vertragsverpflichtungen.

Der Kern der Meinungsverschiedenheiten.

London, 21. Oktober.

Der „Times“-Korrespondent in Tokio meldet: Wie verlautet, hat B. I. And den ersten der von Japan gestellten Bedingungen für eine Räumung der Mandchurei zugestimmt, aber die letzte Bedingung als zu kompliziert bezeichnet und deshalb vorgezogen, sie dadurch zu erfüllen, daß China einfach die Erklärung abgibt, es werde alle seine Vertragsverpflichtungen beobachten.

Der Korrespondent bemerkt hierzu: Wenn dies geschieht, dann wird man an den Kern der Meinungsverschiedenheiten herangekommen sein; denn die ganze Schwierigkeit besteht letzten Endes darin, daß China sich weigert, den Vertrag von 1915, in dem Japan verschiedene Vorrechte in der Mandchurei gewährt worden sind, anzuerkennen, und zwar mit der Begründung, daß der Vertragsabluß ihm aufgezwungen sei. Die Japaner sind angesichts dieser Situation der Meinung, der Völkerbundsrat könne gar nichts anderes vorschlagen als direkte Verhandlungen.

Japan nimmt Briands Rat an.

Japan ist bereit, den Rat Briands anzunehmen und darauf zu verzichten, vor der Eröffnung von Verhandlungen eine ausdrückliche Anerkennung seiner Rechte auf die mandchurischen Eisenbahnen durch China zu verlangen. Voraussetzung dafür ist, daß China bereit ist, allgemein und grundsätzlich die Verpflichtungen anzuerkennen, die sich aus den Verträgen ergeben. Gelingt es Briand, China dazu zu veranlassen, dies anzunehmen, so glaubt man, daß damit ein großer Fortschritt erreicht und der Weg zu den Verhandlungen freigelegt wäre.

Mulden wieder in chinesischen Händen.

„Daily Telegraph“ meldet, daß die Japaner die Verwaltung von Mulden den Chinesen formell übergeben hätten. Den Chinesen würden japanische Ratgeber beiseitegetreten.

Tschingaische erbittet fremde Truppen.

Die antijapanische Kreise sind davon unterrichtet worden, daß Tschingaische Frankreich und Großbritannien vorgeschlagen hat, Truppenabteilungen von Peking nach Schanghai zu entsenden, um den Ausbruch eines chinesisch-japanischen Konfliktes zu verhindern. Andererseits wird bekannt, daß die Befehlshaber der in Schanghai stehenden chinesischen und japanischen Truppen vereinbart haben, daß die chinesischen Truppen nördlich der Eisenbahn und die japanischen südlich von ihr bleiben sollen.

Die antijapanischen Kreise rufen die sich immer mehr verstärkende antijapanische Propaganda in China ernste Besorgnis hervor. Man befürchtet offenbar, daß es zu einem Zwischenfall kommen könnte, der eine Flottenaktion nötig machen und die Lage verschlimmern würde.

Geschichten von Schriftstellern und Presse

Mark Twain pflegte die folgende Geschichte, die er die „Anecdote von der Geschäftstüchtigkeit“ nannte, besonders gern zu erzählen: Als ich in Nebraska noch Sekretär des Gouverneurs war, hatte ich viele politische Feinde. Diese gewisslosen Kerle ließen mich eines Tages „sterben“. Um meinen Ruf zu schädigen, setzten sie nämlich in den „Sellingden Kampf“ des Westens eine Notiz, daß ich in schwerer Trunkenheit in den Fluß gefallen und ertrunken sei. Wütend begab ich mich zum Schriftleiter dieser Zeitung, stellte mich als lebendig vor und ihn zur Rede. Dieser Zeitungsmann aber sagte: „Was gedruckt ist, bleibt gedruckt. Wir nehmen nie etwas zurück. Eine solche Blöße geben wir uns nicht. Alles was wir tun können, ist, daß wir eine neue Geburtsanzeige von Ihnen in unser Blatt einrücken. Preis: ein Dollar!“

...och eine andere Journalistenanekdote gibt es von Mark Twain. Der Letzte hatte den „Briefkasten“ zu bearbeiten. Eines Tages fragte ihn ein junger Dichter, ob das Essen von Fisch im menschlichen Körper Phosphor erzeuge und gleichzeitig die Gehirntätigkeit anregt. Mark Twain antwortete: „Gewiß, aber nach den eingelangten Stilproben zu urteilen, müßten Sie mindestens einen Walfisch verspeisen!“

Der Redakteur einer Londoner Wochenschrift erhielt eines Tages von einem ihm unbekannten Herrn namens Hedleppem ein Gedicht mit 18 Strophen und der Überschrift „Warum bin ich nicht tot?“. Der Redakteur schrieb an Herrn Hedleppem: „Sehr geehrter Herr! Sie sind nicht tot, weil Sie mir das Gedicht per Post gesandt haben, anstatt es persönlich zu bringen.“

Der französische Romanautor Alexander Dumas erhielt den größten Teil seiner Romane nach der Anzahl der Zeilen bezahlt. Eines Morgens setzte er sich hin und begann einen neuen Roman wie folgt:

„Mein Sohn!“

„Mutter?“

„Söhne!“

„Was gibst du?“

„Siehst du!“

„Diesen Dollar?“

„Ja, was siehst du darauf?“ usw.

Der Verleger war freilich mit dieser Zeilenschinderei nicht einverstanden. Er verabredete mit Dumas ein Silberronorat. Dumas war nicht faul, er erfand einen Stotterer in seinem Roman. Die Honoraransprüche waren alänzend.

Politische Tageschau.

Der Regierungspräsident von Trier, Saasen, wurde zum Reichskommissar für die vorstädtische Kleinfriedung und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose ernannt.

Die Lohnverhandlungen in der obereschlesischen Eisenindustrie sind ergebnislos abgebrochen worden.

Botschafter Dr. von Schubert in Rom hatte in Zusammenhang mit dem bevorstehenden italienischen Gegenbesuch in Berlin eine längere Unterredung mit dem Außenminister Grandi.

Der Schlichter hat den Schiedsspruch für die Niederlausitzer Tuchindustrie für verbindlich erklärt. Darnach gelten die bisherigen Tariflöhne weiter bis zum 31. Dezember 1931.

Der spanische Arbeitsminister hat in den Cortes einen Gesetzentwurf vorgelesen, der den Arbeitern ein Beaufschuldigungsrecht über die Unternehmen zugesteht, bei denen sie beschäftigt sind.

Die Zahl der beschäftigungslosen Fabrikarbeiter in Amerika hat im Monat September um 50 000 zugenommen.

Preussischer Landtag vor der Abstimmung.

Berlin, 22. Okt. Der Preussische Landtag lehnte am Mittwoch bei der Erledigung kleiner Vorlagen den kommunistischen Antrag ab, einen neuen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung des Stinnes-Urteils einzusetzen. Die begonnene Debatte über das Grubenunglück auf Mont Cenis wird am Donnerstag fortgesetzt, wo auch über die Mißtrauensvoten abgestimmt wird.

Verbot einer sozialdemokratischen Zeitung.

Der braunschweigische Innenminister hat auf Grund der Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen die sozialistische Zeitung „Volksfreund“ einschließlich ihrer Kopfsblätter auf die Dauer von acht Wochen verboten.

Strikte Ablehnung der Zinserhöhung für französisches Geld.

Newport, 21. Okt.

Die französische Notenbank hatte von den amerikanischen Geldinstituten für ihre dort angelegten kurzfristigen Kredite eine Zinserhöhung um 3 Prozent von 1,5 auf 4,5 verlangt. Die amerikanischen Banken haben nur sämtlich vereinbart, diese Forderung abzulehnen und den Zinsfuß für Depositionen der Bank von Frankreich nicht über den gegenwärtigen Satz zu erhöhen.

Ein neuer Hoover-Plan?

Aus gutunterrichteter Washingtoner Quelle verlautet, daß Hoover vor Finanzberatern rundweg erklärt habe, der Young-Plan sei ein ebenso trauriger Fehlschlag wie der Dawes-Plan. Präsident Hoover ist im Augenblick noch mit der Ausarbeitung des Programms für die Besprechungen mit Laol beschäftigt. Aus diesem Grunde wird er auch an der Beisetzungsfeier für Edison nicht teilnehmen. Hoover hatte erneut lange Besprechungen mit Staatssekretär Stimson, Unterstaatssekretär Mills und anderen Beratern.

Amerikanisches Gold für Frankreich.

Für diese Woche sind weitere Goldsendungen nach Frankreich aus Amerika angekündigt. Wie „Petit Parisien“ aus Cherbourg meldet, wurden dort von der „Europa“ 380 Goldbarren im Werte von rund einer halben Milliarde Francs gelöscht. Die „Alquitania“ wird mit 258 Goldbarren aus Amerika erwartet. Die beiden Dampfer „Presidente Roosevelt“ und „Deutschland“, die nach Cherbourg unterwegs sind, haben insgesamt 600 Goldbarren an Bord. Weitere Goldsendungen stehen in Aussicht.

weniger die Laune des Verlegers, der sich entschloß, dem Dichter ein Pauschalangebot zu machen. Am Tage nach der Anzahlung wurde der Silberronorat (im Roman) von einem heruntergefallenen Dachziegel fast erschlagen und — der Roman fand ein Ende.

Der Budapest Journalist Paul Keri sollte über die Stichwahl zwischen Michael Karoly und Stephan Tizsa einen knauserigen Zeitungsbericht schreiben. Er hatte 1000 Kronen Reisevorschuß erhalten, aber nur 100 Kronen erhalten. Abends traf das folgende Telegramm von Keri ein: „Heutige Stichwahl ergibt nach genauer Stimmzählung mit knapper Mehrheit von 233 Stimmen das überraschende Ergebnis: Stopp hier endet Vorschuß.“

Keri wurde einmal nach Arad geschickt. Man enthielt das Denkmal der von der österreichischen Reaktion hingerichteten Freiheitskämpfer. Erst 5.30 Uhr konnte Keri sein Telegramm zur Post geben. Der Beamte war entsetzt. „Sechshundert Worte? Kann ich nicht annehmen. Höchstens fünfzehn. Wir schließen um sechs Uhr.“ Nach wenigen Augenblicken überreichte Keri dem Beamten eine Depesche mit fünfzehn Worten: „Handelsminister Budapest. Postdirektor von Arad herweigt als Faulheit Annahme eines nationalpolitisch wichtigen Telegramms. Paul Keri.“ Raum war es gelesen, da meinte der Beamte: „Geben Sie mir, bitte, das längere.“

Von dem Redakteur des preußischen „Bayerischen Vaterlandes“ in München wird folgende Geschichte erzählt: Eines Tages, als er im Wartesaal des Münchener Hauptbahnhofes saß, ärgerte ihn zwei Münchener, die seine Erregbarkeit kennen, vom Nebentisch aus, indem sie laut über sein Blatt schimpften. Schließlich meinte der eine zum anderen: „Na, Seppel, halten müssen wir sein Blatt doch, schon weißt du auf so wasches Papier gedruckt ist.“ Da geht der Journalist zu dem Sprecher hin, klopft ihm vertraulich auf die Schulter und sagt: „Na, mei Kiaba, da schau'n's zu, daß Ihr Hinterer net g'scheider wird als Jhne Schäbl!“ Sprach's und ging.

Ein amerikanischer Lokalredakteur in einer Kleinstadt ging in den Ruhestand und offenbarte seinen Bekannten, er habe 100 000 Dollar auf der Sparkasse. In unglaublichem Staunen fragten diese ihn, ob denn der Beruf eines Lokalredakteurs an einer Kleinstadtzeitung soviel einbringe. Der Journalist antwortete: „Ich habe vierzig Jahre lang rastlos gearbeitet, ohne den Feiertag zu heiligen. Wie gab ich auch nur einen Dollar unüberlegt aus. Durch größte Sparamkeit vermied ich Abzahlungsgehalte und damit Schulden. Alledem, und weil mir meine Tante, die aßtern gestorben ist,

Aus der Heimat

Donnerstag, den 22. Oktober 1931

Junge Kräfte!

Die älteren Arbeiter und Angestellten klagen darüber, daß sie keine Stellung mehr erhalten, wenn sie einmal außer Stellung gekommen sind. Wer gehört heute schon zu den älteren Angestellten? Da machen wir erschreckende Feststellungen. Millionen unseres Volkes sind verurteilt mit dreißig Jahren Greise zu sein, weil sie zu alt für die berufliche Ausübung erscheinen. In den Inferaten der Stellungstribunale werden „Junge Kräfte, möglichst nicht über 25 Jahre“ gesucht. Diese jungen Leute sollen heute das Zepter führen, sollen regieren in Handel und Wandel, in Kunst und Wissen! Eigentlich ein Kompliment für unsere größere Jugend, daß man in ihr Wissen und in ihre Ehrenhaftigkeit soviel Vertrauen setzt. Aber ist das Vertrauen eigentlich nicht schon oft genug enttäuscht worden? Man setzt dieses Vertrauen doch wohl nur zwangsläufig oder aus Sparamteitsrücksichten in unsere Jugend, während man in Wirklichkeit davon überzeugt ist, daß eines Tages ein Malheur passieren kann. Nicht alle jungen Angestellten kommen in Verführung, nicht alle Arbeiter begehen etwas Unrechthaffenes: Aber lesen wir nicht täglich in den Zeitungen, daß da, wo gestern noch ein im Dienste ergrauter Buchhalter saß, heute eine junge Kraft eine Summe unterschlagen hat! Man hat die älteren Menschen abgebaut, weil es billiger so ist, weil es der Zug der Zeit ist, den man auch Tempo nennt. Schön, wir wollen nichts gegen die jungen Kräfte sagen, die frühzeitig strebsam waren und deren Fähigkeiten frühzeitig die Befähigung einer übergeordneten Stellung rechtfertigten. Aber im allgemeinen regiert heute ja die Jugend nicht mit Wissen, denn ein Wissen ohne Erfahrung ist bekanntlich nur ein halbes Wissen. Die neue Zeit soll Neues wohl gebären, doch verachten soll sie das Alte nicht!

—* Arbeitsmarktbericht. Das Arbeitsamt Siegen berichtet über die Lage des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1931: Die für die erste Oktoberhälfte befürchtete Verschärfung der Lage auf dem Siegerländer Arbeitsmarkt ist eingetreten. Wenn auch diesmal wieder die für den Berichtsraum vorgesehenen Stilllegungsmassnahmen zunächst noch nicht in dem anfangs beabsichtigten Umfang zur Auswirkung gekommen sind, so bedingten doch die vornehmlich in der eisenverarbeitenden Industrie, im Hüttenwesen und dem Baugewerbe vorgenommenen Entlassungen einen stärkeren Anstieg der Arbeitsuchendenziffer. Mit einem seit der Ende Juli begonnenen Aufwärtsbewegung in einer Monatshälfte bisher nicht erreichten Zuwachs von 659 Mann und einem Stande von 15 540 Arbeitsuchenden ist nunmehr die Mitte in der Entwicklung zwischen dem diesjährigen Tiefst- (13 642) und dem letztmonatlichen Höchststande (17 080) erreicht. Dies entspricht einem Mehr von rund 35 Prozent gegenüber dem gleichzeitigen Stande des Vorjahres (10 114). Rund 75 Prozent des Zuwachses entfallen auf den Landkreis Siegen. Günstige Schlässe auf die weitere Entwicklung der Arbeitslosenkurve im Siegerland lassen sich aus deren bisherigem Verlauf nur schwer ziehen. Umso weniger, als der heimische Arbeitsmarkt immer mehr in die ihn zunehmend aus einer ehemaligen Absonderung heraushebenden, größeren wirtschaftspolitischen Zusammenhänge verflochten wird. Die im Vergleiche angekündigte weitere Einschränkung, die im Gegenzug zu der Anfang August durchgeführten Betriebsumstellung eine Beschäftigtenverminderung von rund 700 Mann bedeutet, wird bei völliger Durchführung der geplanten Massnahmen voraussichtlich Anfang November eine empfindliche Mehrbelastung bringen. Bei der vorgeschrittenen Jahreszeit und dem Tiefstand der konjunkturellen Gruppen sind für diese Mehrbelastung vorerst keine Ausgleichsmöglichkeiten vorhanden. Die Verminderung der Zahl der

99 999 Dollar hinterließ, verdankte ich die Ersparnis von 100 000 Dollar.“

In einer der großen Nürnberger Kirchen fand irgend eine Feier statt, zu der auch Kaiser Wilhelm erschienen war. Er hielt eine große Rede, was damals viel zu bedeuten hatte. Holzbod, der Berliner Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeiger“, stand oben, in der Nähe des Altars, mit tausend Menschen zusammengepackt. Es wurde zwölf Uhr mittags. Der „Berliner Lokalanzeiger“ wird zwei Stunden später schon in den Straßen verkauft. Angstvolle bange Minuten, Holzbod sah kaum eine Möglichkeit, aus der Kirche ins Freie zu gelangen. Plötzlich kam es wie eine Erleuchtung über ihn, er zog sein Taschentuch hervor, hielt es an die Nase, wie wenn er Nasenbluten hätte, und siehe da, im größten Gedränge bildete sich sofort ein Spalier teilnahmsvoller Menschen, es wurde sogar nach einem Arzt gerufen, den Holzbod dankend ablehnte, in zwei Minuten stand er im Freien, immer noch einen Kranken markierend, der sich rasch in Sicherheit zu bringen hat. Um nicht aus der Rolle zu fallen — denn es hatten ihn mehrere gutmütige Leute hinausbegleitet —, gab er dem Droßkutscher eine Hotelstrasse an, fuhr aber natürlich aufs Postamt, um noch rechtzeitig die Rede des Kaisers seinem Blatte zu telefonieren.

Einer unserer bekanntesten und am meisten gedruckten Humoristen beklagte sich über die Langeweile seiner einsamen Abende. „Warum lesen Sie nicht einmal ein gutes Buch?“ rief ihm der eine. „Ach“, meinte er da, „ich möchte mir nicht gern meinen Stil verderben lassen.“

Zum Schluß die größte Ente? Um die Ehre werden sich vielleicht viele Blätter streiten. Aufsteigend aber haben die Berliner Zeitungen den Vogel abgeschossen. Als man sich im Frühjahr 1767 zu Berlin arg beunruhigte über Kriegsergüsse, die nicht schweigen wollten, trotz aller Verbote gegen das unnütze Reden, erschien plötzlich in allen Zeitungen eine fürchterliche Unglücksnachricht. Ein entsetzliches Unwetter hatte das flache Land heimgesucht. Schreckenerregende Einzelheiten wurden bekannt. Es solle ein entsetzlicher Wind entstanden sein, der das Gewitter herbeiführte. Zuerst fiel ein starker Hagel, dann aber Schloffen in der Größe eines Führeies, nebenher gab es wieder einen großen Plagregen, Donnern und Blitzen. — Berlin sprach einzig von diesem Schicksalsschlag, bis am nächsten Tag Reisende kamen und erzählten, daß alles erlogen war. — Friedrich war von diesem Streich eines Journalisten so begeistert, daß er in ähnlicher Situation selbst eine gleiche Nachricht veranlaßte, um die Berliner von etwas andern reden zu machen als vom Krieg.

Hauptunterstützungsempfänger um 174 (1,7 Proz.) auf 9927 ist in erster Linie auf die Aussteuerung Jugendlicher zurückzuführen, die infolge der angeordneten Verkürzung der Bezugsdauer ohne Anspruch auf Krisenunterstützung aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschieden. In der Arbeitslosenversicherung sank die Zahl der Hauptunterstützten um 751 (15,0 Proz.) auf 4267 (18,4 auf 1000 Einwohner), die in der Krisenfürsorge stieg um 577 (11,4 Proz.) auf 5560 (24,4 auf 1000 Einwohner). Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen erhöhte sich um 94 (3,1 Proz.) auf 3164 (13,7 auf 1000 Einwohner). Im einzelnen entfallen auf den Landkreis Wittgenstein 1430 (49,8 auf 1000 Einwohner) Unterstützte und 1631 (56,8 auf 1000 Einwohner) Arbeitsuchende.

Wetterausichten für Freitag: Fortdauer der unbeständigen Witterung mit verstärkter Neigung zu Niederschlägen, ziemlich kalt.

Laasphe:

* **Subiläum.** Die hiesige Gemeindefürsorge Emilie Stein begeht am heutigen Tage das 25jährige Subiläum ihrer so überaus segensreichen Tätigkeit auf dem Gebiete der inneren Mission, der Kranken- und Armenpflege. Aus Anlaß dieses Tages findet heute im Mutterhaus zu Witten eine Einsegnung von über 40 Schwestern statt, die alle vor 25 Jahren die erste Einsegnung empfingen. Schwester Emilie hat sich hier in der jahrelangen Arbeit in der Stadt Laasphe und den dem Kirchspiel angeschlossenen Gemeinden Niederlaasphe und Puderbach Vertrauen und Hochachtung der Einwohner erworben und fast jedes Haus ist ihr zu Dank verpflichtet. In ihrer stets hilfsbereiten, selbstlosen Art, in der sie Tag und Nacht zur Verfügung steht, und in ihrem freundlichen Wesen erscheint sie den Kranken als der rettende Engel, der Hoffnung auf baldige Genesung aus Krankenlagern bringt. Aber auch auf dem Gebiet der Armenpflege hat sich gerade in der jetzigen Notzeit ein großes und dankbares Arbeitsgebiet für Schwester Emilie gefunden, denn sie weiß am besten, wo die Not am größten ist, und sie hat auch in dieser Hinsicht schon viel Gutes geleistet. Möge es ihr vergönnt sein, noch lange Jahre bei guter Gesundheit ihren schweren Dienst auszuführen zu können zum Wohle ihrer Kranken und notleidenden Mitmenschen.

* **Winterhilfe.** In der kommenden Zeit sind verschiedene Hausbesuche für Winterhilfe im Gange. Das Wohlfahrtsamt des Kreises Wittgenstein macht darauf aufmerksam, daß der Herr Oberpräsident der Provinz Westfalen die Genehmigung zu diesen Sammlungen lediglich den Arbeitsgemeinschaften der freien und behördlichen Wohlfahrtspflege erteilt hat.

* **Zur Aufklärung.** Das kirchliche Jugend- und Wohlfahrtsamt und Kreiswohlfahrtsamt teilt uns mit: In der Nummer 246 vom 20. ds. Mts. des Wittgensteiner Kreisblattes sind zwei Notizen erschienen betreffend Winterhilfe. Dadurch ist Unklarheit unter der Bevölkerung entstanden. Zur Aufklärung diene folgendes: Der Provinzialverband für Innere Mission in Münster hat vom Herrn Oberpräsidenten die Genehmigung zu einer Kartoffelsammlung für die notleidende Bevölkerung des Industriegebietes erhalten. Unser Kreis Wittgenstein soll sich nun für die Altstadtgemeinde Necklinghausen mit Kartoffeln einsetzen. Diese Sammlung erfolgt in diesen Tagen durch die örtlichen Pfarrämter im Einvernehmen mit den Herrn Bürgermeistern und Gemeindevorsteher. Der Abtransport wird in den ersten Tagen der nächsten Woche erfolgen. Unberührt hiervon bleibt die Winterhilfe für unsere Kreiseingefessenen, die sich in der Hauptsache auf andere Bedarfsgegenstände erstrecken wird und durch die örtlichen Arbeitsgemeinschaften der freien und behördlichen Wohlfahrtspflege durchgeführt wird.

* **Reimstrich.** Der Kreisverband der Geflügelzuchtvereine des Kreises Wittgenstein hielt am Sonntag in der Gastwirtschaft Dödel hier seine von ca. 60 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab. Neben Beratung der Geschäftsordnung sowie Abnahme der Jahresrechnung fand Besprechung und Beschlußfassung über eine demnächst zu veranstaltende Geflügelausstellung statt. Ohne den Ort für die Ausstellung zunächst zu bestimmen, wurde beschlossen, die Schau in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr oder Anfang Januar stattfinden zu lassen, ebenso wird eine Besichtigung der Schau mit Ausstellungsleiter im Jahre 1932 zum 100jährigen Bestehen des Landv. Kreisvereins erfolgen.

Erndtebrück:

Landwirtschaftsschule. Die Anmeldungen für das demnächst beginnende Wintersemester nehmen einen recht befriedigenden Verlauf, so daß voraussichtlich trotz der immer schwierigeren Wirtschaftsverhältnisse mit der gleichen Schülerzahl gerechnet werden darf wie im vorigen Jahre. Es ist dies besonders bemerkenswert in anbedacht des enormen Rückgangs der Schülerzahl an einer ganzen Reihe gleichartiger auswärtiger Schulen. Die Schülerzahl würde voraussichtlich noch größer sein, wenn nicht vielfach die Ansicht vertreten würde, daß der Besuch der Schule nur für solche junge Leute Zweck habe, die sich ausschließlich in der Landwirtschaft zu betätigen beabsichtigen. Diese Auffassung ist jedoch irrig, denn wenn der Lehrplan der Schule auch die Landwirtschaft in den Vordergrund stellt, so ist er doch derart vielseitig, daß der Besuch der Schule für jeglichen Beruf von großem Vorteil ist. — Die Anmeldedfrist geht in einigen Tagen zu Ende.

Mit den schönen nachsommerlichen Tagen, die uns der Oktober bescherte, scheint es mit gestern endgültig vorbei zu sein. Dem ziemlich starken Frost in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch folgte gestern vormittag recht kräftiger Schneefall, der den Vergleichspunkt auf einige Minuten ein winterliches Aussehen gab. Damit hat der Winter seinen Einzug angekündigt und nicht lange wird es mehr dauern, bis die Natur endgültig in Schnee und Eis erstarrt. Dank der bisherigen günstigen Witterung ging die letzte diesjährige Ernte schnell vonstatten und auch der Kartoffelernte konnte bei frostfreiem Wetter durchgeführt werden. Auch die Herbstbestellung wird in der Hauptsache als beendet zu betrachten sein.

Aus Nah und Fern.

— **Dillenburg.** Ein schlechter Spaß. Ein hiesiger Kraftfahrzeugfahrer erhielt dieser Tage eine Postkarte aus Oberdieten, auf der ihn ein gewisser H. bat, ihn mit dem

Auto von dort nach hier an den Bahnhof zu holen. Der Adressat suchte jedoch in Oberdieten vergebens nach einem Manne dieses Namens, ebenso stellte sich die angegebene Hausnummer 84 als eine Täuschung dar, da es sich hierbei um die „Herberge zur Heimat“ handelt. Wenig später wurde einem zweiten hiesigen Kraftfahrzeugfahrer der gleiche Auftrag, diesmal aus Oberdieten, zuteil. Da er jedoch an dem fraglichen Tage bereits eine Bestellung zu erledigen hatte, entging er glücklicher Weise dem Schaden, den der andere infolge unnützen Brennstoffverbrauchs und Zeitverlustes zu beklagen hatte.

— **Bacharach.** Bei dem Durchzug von Zigeunern, die mehrere Bären mit sich führten, ereignete sich auf der hiesigen Hauptstraße ein Zwischenfall. Kinder warfen einem Bär Nessel zu. Als der Zigeuner, der das Tier führte, den Bär mit dem Stock aufforderte, zu tanzen und von Nessel abzulassen, stürzte sich das Tier plötzlich auf seinen Führer, warf ihn zu Boden und bearbeitete ihn mit den Vorderpranken derart, daß er blutüberströmt liegen blieb. Mehrere Zigeuner gelang es schließlich, den Unglücklichen aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Zigeuner wurde schwer verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

17 Todesopfer der Herner Grubenexplosion. In der vergangenen Nacht sind von den schwerverletzten Opfern der Grubenexplosion auf Mont Cenis fünf weitere Knappen ihren schweren Brandwunden erlegen, wodurch sich die Zahl der Todesopfer auf 17 erhöht. Bei dem einzigen noch in Bochum befindlichen Schwerverletzten besteht die Hoffnung, ihn am Leben erhalten zu können, während sich die im Krankenhaus Boeritz untergebrachten Verletzten außer Lebensgefahr befinden.

Zwei Jahre Gefängnis für einen ungetreuen Rechtsanwalt. Rechtsanwalt Pauli aus Aachen wurde vom erweiterten Schöffengericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht erkannte ihn in 14 Fällen der Untreue schuldig. Der Rechtsanwalt hatte sich in zwei Fällen Gelder angeeignet, die ihm in seiner Eigenschaft als Konkursverwalter für zwei Aachener Firmen zugegangen waren.

Schalterschließung einer Beamten-Genossenschaftsbank. Die Bayerische Beamten-Genossenschaftsbank e. G. m. b. H., Müllerstraße 31, mußte wegen Illiquidität die Schalterschließung. Die Bank wird ein gerichtliches Vergleichsverfahren beantragen und für die Prüfung des Status, den sie bei einigemmaßen angemessener Verwertung der Grundstücke für aktiv hält, durch einen Treuhänder besorgt sein. Der Grund der Illiquidität ist darin gelegen, daß seit den gesetzlich angeordneten Bankfeiertagen im Juli ds. Js. keinerlei Einlagen, aber sehr erhebliche Abhebungen erfolgten, wobei die Abhebungen durch die wiederholten Kürzungen und die Handhabung der Auszahlung der Beamtengelder ständig gesteigert worden sind. Die Nebentellen Ludwigs- und Worms sind von der Schalterschließung nicht berührt.

Ausbruchversuch Scheringers. Der frühere Reichswehrleutnant Scheringer, der von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten übergegangen ist, hat einen Ausbruchversuch aus dem Untersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit unternommen. Scheringer versuchte mit einer Nagelfeile einen Gitterstab in seiner Zelle durchzusehen, doch wurde der Ausbruchversuch frühzeitig von einem Wärter bemerkt. Nachdem die Direktion des Gefängnisses benachrichtigt war, wurde Scheringer alsbald unquartiert und in einer besonders sicheren Zelle untergebracht.

Ein unbekannter Dampfer bei Hamburg gestrandet. Der orkanartige Sturm, der an der Nordseeküste herrschte, brachte in der Elbmündung ein bisher unbekanntes Schiff in Seenot. Gegen 1 Uhr nachts wurden von einem Dampfer bei Scharhörn Notrufe ausgesandt. Die beiden Hamburger Rettungsboote „Simson“ und „Heros“ eilten sofort zur Hilfe. Sie erschienen noch in der Nacht an der Unglücksstelle, doch konnten sie den Dampfer nicht mehr erreichen, da er hoch auf den Sand getrieben war. Die Besatzung scheint das Schiff verlassen zu haben, da keine Signale mehr beantwortet werden.

Mühlhäuser Eisenbahnanschlag in der Tschechoslowakei. Bei dem Streckenwärter der Eisenbahnbrücke, die bei Komorn über die Donau führt, ereignete sich kurz vor Mitternacht ein Anschlag, der sich ereignete, ob der internationale Schnellzug Budapest-Prag Verspätung hätte. Als der Streckenwärter dann die Strecke abging, fand er auf der Brücke zwei auf den Gleisen liegende Steinblöcke von etwa je 70 Kilo Gewicht. Durch Lichtsignale gelang es dem Wärter, den Schnellzug im letzten Augenblick zum Halten zu bringen. Die ungarischen und tschechischen Grenzschutz wurden von dem Vorfall benachrichtigt. Die tschechoslowakische Grenzschutz hat bereits eine bestimmte Spur aufgenommen.

Schwunghafter Handel mit Examinat-Themen. In Rennes ist es kurz vor den Universitäts-Prüfungen zu einem Skandal gekommen, der bereits zwei Verhaftungen mit sich brachte. Der Sohn eines Professors, der bei den Prüfungen als Examinator fungieren sollte und der selbst Präparator der wissenschaftlichen Fakultät der Universität Rennes ist, hatte seinem Vater die Themen für die schriftlichen Arbeiten, die den Prüflingen aufgegeben werden sollten, zu entwenden gewußt und diese an bestimmte Kandidaten für die Summe von je 3300 Francs veräußert. Die Erwerber, um auf ihre Kosten zu kommen, begannen alsbald mit den schriftlichen Aufgaben einen schwunghaften Handel, der sogar so weit ging, daß sie regelrechte Versteigerungen unter ihren Mitbewerbern anstellten. Auf diese Weise kam die Sache ans Tageslicht.

Ein zweites Luftschiff für die amerikanische Flotte. Der Staatssekretär für die Flotte, Adams, hat Auftrag für den Bau eines zweiten Luftschiffes, gleich der Arcon, erteilt. Er verfügt gleichzeitig die offizielle Übernahme der Arcon.

Eintägige Kreuzfahrt des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist in Pernambuco zu einer eintägigen Kreuzfahrt aufgelegt. An der Fahrt haben vier Passagiere, mehrere Bundesbeamte sowie der deutsche Konsul teilgenommen.

Was mancher nicht weiß.

Die Siegesglocke in Berlin hat eine Höhe von 61,5 m. Die Freiheitsstatue in Neuport ist 93 Meter hoch, das Ulmer Münster 161 Meter; ein moderner Riesendampfer hat eine Länge von 236 Metern, ist also um die Hälfte größer als das Ulmer Münster.

Das indische Panzernashorn lebt noch in dreihundert Exemplaren, von denen nur eins in Europa zu sehen ist. Es wurde von Hagenbeck für 60 000 RM. für seinen Tierpark in Stellingen gekauft.

Hinterbliebenenversorgung der Verunglückten von Mont Cenis.

Zur Unterstützung der Hinterbliebenen der auf Mont Cenis verunglückten Bergleute hat der Vorsitzende des Grubenvorstandes persönlich 10 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Stadt Herne hat für jeden Toten und Verletzten den Betrag von 100 Mark bewilligt. Außerdem hat die Knappschaft in Bochum das Sterbegeld in Höhe von 200 bis 250 Mark zur Auszahlung gebracht und die Knappschaftsberufsgenossenschaft einen Vorschuß auf die Unfallrente für den Monat Oktober an die Hinterbliebenen gezahlt, so daß diese fürs erste vor materieller Notlage geschützt sind. Die Kosten der Beisetzung der Todesopfer übernimmt die Zecheverwaltung.

Erhöhung der preussischen Hochschulgebühren.

Das preussische Kultusministerium hat in diesen Tagen einen Erlaß an die Hochschulen herausgegeben, der für die Studenten eine beträchtliche Gebührenerhöhung verfügt. Schon für das beginnende Wintersemester wird die Studiengebühr von 85 Mark auf 100 Mark heraufgesetzt, die Aufnahmegebühr, die bisher bei der ersten Immatrikulation 25 Mark und beim Übergang auf eine andere Hochschule 15 Mark betrug, wird künftig einheitlich auf 30 Mark festgelegt. Ueberdies nimmt der Staat einen weiteren Anteil an den Kolleg-Geldern der Professoren für sich in Anspruch. In dem bisherigen Abzugsverfahren, das nach der Höhe der Kolleggelder-Einnahme gestaffelt war, kommt für alle planmäßigen Professoren eine allgemeine Kürzung von 20 v. H. hinzu.

Schneesturm im Erzgebirge.

Annaberg, 22. Okt. Seit Dienstagabend tobt im Erzgebirge ein schwerer Schneesturm, der in der vergangenen Nacht von einem starken Gewitter begleitet war. Der Schnee liegt durchschnittlich 10 bis 14 Zentimeter hoch. Auf der Straße von Grumbach nach Jöhstadt behindern starke Schneeverwehungen den Kraftwagenverkehr. In den höheren Regionen in Oberwiesenthal und im Rammgebiet hält der Schneesturm mit unverminderter Stärke an.

40-Stundenwoche in der Tschechoslowakei geplant.

Das tschechische Ministerium für soziale Fürsorge hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit dahin abgeändert und ergänzt wird, daß in gewissen Betrieben die 40stündige Arbeitswoche eingeführt werden soll. In Bergbaubetrieben wird nach dem Entwurf die Arbeitszeit nicht länger als sieben Stunden täglich und 37 1/2 Stunden wöchentlich dauern dürfen. Die ununterbrochene wöchentliche Arbeitspause soll 36 Stunden betragen. Das Ministerium erwartet die baldige Verhandlung seiner Vorlage und erhofft, daß die Verkürzung der Arbeitszeit noch vor der Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Wege von Nebereinkommen Tatfache wird.

Zusammenstöße. — Massenverhaftungen.

Essen, 21. Okt.

Im Stadtteil Borbeck wurde eine Schutzpolizeistreife, bestehend aus acht Beamten von etwa 200 Personen angegriffen, mit Steinen beworfen und mit etwa 15 Schuß bedroht. Die Beamten wurden durch die Schüsse nicht verletzt, wohl aber von Steinen getroffen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Als kurz darauf etwa 25 Beamte zur Verstärkung eingetroffen waren, wurde die Menge zerstreut, und die Ordnung wieder hergestellt. Verletzt wurden drei junge Männer. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus zugeführt. 213 Personen wurden festgenommen.

Hauptgewinn der Klassenlotterie.

Berlin, 21. Okt.

Ein Gewinn von 100 000 Mark auf Nummer 396 258 fiel in Ahteln in der ersten Abteilung nach Bayern, in der zweiten Abteilung ins Rheinland. Ein Gewinn von 50 000 Mark auf Nummer 87 108 in der ersten Abteilung in Ahteln nach Schlesien, in der zweiten Abteilung in Bielefeld nach Bayern, ein Gewinn von 10 000 Mark in Ahteln auf 372 596 nach Hessen-Nassau und der Provinz Sachsen.

Diebstahl an Bord des Kavallierschiffes.

Paris, 22. Oktober.

An Bord der „Isle de France“ hat sich ein peinlicher Zwischenfall ereignet. Der Amerikaner Frau Anton wurden aus ihrer unverschlossenen Kabinet Jewelen im Werte von 50 000 Dollar gestohlen. Die Bordpolizei unternahm sofort eine Untersuchung, die aber ergebnislos verlief. Die Newyorker Hafenpolizei ist funktentelegraphisch alarmiert worden. Bei der Ankunft des Dampfers des Ministerpräsidenten Laval in Newyork wird sich eine Welle von Detektiven an Bord ergießen, um den Dieb zu suchen.

Amateurflugzeug abgestürzt.

Bern, 22. Okt. Bei Dietikon zwischen Baden und Zürich stürzte aus ca. 80 Meter Höhe ein Sportflugzeug infolge Flügelbruches ab. Der Pilot, der 36-jährige Ingenieur Hugo Schmid aus Zürich, der das Flugzeug selbst konstruiert hatte, wurde getötet.

Ämtliches.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Tilgungsraten für die aus Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge bewilligten Landarbeiter-Baudarlehen am 15. Novbr. jeden Jahres fällig sind. Die Darlehensnehmer werden darauf hingewiesen, daß die Tilgungsraten pünktlich bei der Regierungshauptkasse eingehen müssen. Geht bis zu diesem Tage die Tilgungsraten oder ein begründeter Stundungsantrag nicht ein, werden nicht allein Verzugszinsen von 2 v. H. über den Reichsbankdiskontsatz erhoben, sondern das gesamte, noch nicht getilgte Restdarlehen ist mit 2 v. H. über Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen. Es wird den Empfängern der Landarbeiter-Darlehen nicht immer möglich sein, im Herbst die Jahrestilgungsraten auf einmal aufzubringen, wenn nicht gerade Vieh oder ein sonstiges Erzeugnis zum Verkauf gebracht werden kann. Um die Zahlung der Tilgungsraten am 15. November jeden Jahres sicherzustellen, wird dem Darlehensnehmer dringend empfohlen, im Laufe des Jahres Rücklagen zu machen, die zweckmäßigweise auf einem besonderen Sparbuch bei einer Sparkasse anzulegen sind.

Berleburg, den 20. Oktober 1931.

Der Landrat. Proffot.

Die Wärmespender des Haushaltes

Von Dr. J. E. Gehrken.

Wärme ist dem Menschen noch nötiger als das tägliche Brot. Ohne Wärme könnte kein Brot gebacken werden, müßten die Speisen roh genossen werden, wäre die gemäßigste Zone ebenso kalt und unwirtlich wie das Polargebiet. Ohne Wärme führe keine Eisenbahn und kein Dampfschiff, hätten wir weder metallene Werkzeuge noch Ziegel zum Hausbau, weder eiserne Brücken noch irgend welche Maschinen, die uns das Leben erleichtern.

Obgleich wir ringsum von Fabriken umgeben sind und täglich sehen, wie ungeheure Mengen Kohlen schiffsadungs- und waggontweise in ihren gefrägten Kesseln verschwinden, verbrauchen sie doch nicht soviel Wärme wie die vielen einzelnen Haushaltungen, die ihr Feuerungsmaterial nach und nach in nur bescheidenen Mengen beziehen. 45 Millionen Tonnen Normalkohle — auf welches Maß Braunkohle und Holz, Torf und Gas umgerechnet werden — werden jährlich in Deutschland zum Heizen und Kochen verbraucht. Jeder Deutsche verbraucht im Jahre vierzehn Zentner Normalkohle, womit er die Wohnung heizt und sich sein Essen bereitet. Ob Säugling oder Greis, Mann oder Frau: vierzehn Zentner Normalkohle jährlich sind ihm ebenso nötig wie die Nahrungsmittel, womit er seinen Hunger stillt.

Woraus nun setzen sich diese vierzehn Zentner zusammen? Was fressen die Herde und Dese am liebsten? In erster Linie Braunkohlenbriketts, die ob ihrer Billigkeit, ihrer sauberen Stapelfähigkeit und mühelosen Brennbarkeit beim Feueranmachen der beliebteste Brennstoff sind in Stadt und Land. 38,15% des häuslichen Wärmebedarfs wird durch Braunkohlenbriketts gedeckt. 31,9% verschaft die Steinkohle, 13,37% liefert der Koks der Zechen und Gasanstalten. Dann aber tritt ein Material an, dessen Bedeutung meist unterschätzt wird: 11,4% des Hausbrands gehören dem Holz. Ein großer Teil davon wird allerdings vor allem zum Feueranmachen verbraucht, sodas seine Bedeutung als reiner Heizstoff beschränkt ist. Im weiten Abstande folgt dann das Gas zu Koch- und Heizzwecken. Nur 3,02% der benötigten Wärme wird durch Gas erzeugt, erst jeder dreieinhalb- bis dreifache Teil des häuslichen Wärmebedarfs wird durch Gas gedeckt, die anderen zweieinhalb- bis dreifache Teil durch die anderen Brennstoffe. Im weitesten Abstande steht das Gas, das in der Küche steht, ja doch Brikett oder Kohle eingelagert werden muß, damit nicht winters die Hausfrau in einer kalten Küche zu arbeiten hat. Auch scheut die Hausfrau die hohen Kosten, die zum Beispiel beim Baden, Wäschekochen, oder bei der Viehfütterbereitung auf Gas entstehen. Dem Gas dichter folgt mit 2,06% der Torf, der nur lokale Bedeutung hat; seine Verwendung zum Hausbrand ist an die nächste Umgebung der großen Moore gebunden. Die so eifrig propagierte „Elektrische Wärme im Haushalt“ hat kaum schon Eingang gefunden; nur 0,1% oder der tausendste Teil des Wärmebedarfs wird den kupfernen Drähten entnommen, die uns durch die Luft oder unter der Erde den Strom zuführen.

Diese interessante Uebersicht zeigt treffend die Eigenarten unserer Wärmespender. Aber hierzu ist noch etwas zu bemerken: der Wärmebedarf des Haushaltes kann ganz und gar aus Bodenschätzen des Landes gedeckt werden. Wenn wir auch Nahrungsmittel einführen müssen: in der Wärme sind wir vom Ausland unabhängig.

Buntes Allerlei.

Hajenjagd.

Die Hajenjagd im Lande hat begonnen. Lampe, der Feldhase, ist in großer Not. Jäger und Hunde sind hinter ihm her. Lampe wird zum „Angsthase“. Ferkelgeld zahlend geht er flüchtig, schlägt seine „Haten“ und kann doch nicht dem tödlichen Blei entgehen. Als Hajenbraten wandert er aus Weidmannshänden in die Küche und erfreut die Familie. Der erwachsene männliche Hase heißt in der Jägersprache „Rammel“, das weibliche Tier wird „Häsin“ oder „Sag-hase“ genannt. „Dreiläufer“ sind Junghasen, die drei Viertel ihrer vollkommenen Größe erreicht haben. Nach dem Standort unterscheidet der Jäger „Feld-, Busch- und Waldhase“. Der Feldhase geht gar nicht in den Wald, er liegt Tag und Nacht, selbst im strengsten Winter stets auf freiem Feld. Der Buschhase wechselt regelmäßig zwischen Buschwald und Feld. Bei Tag liegt er im Gebüsch des Vorwaldes, rückt abends ins Feld und zieht morgens wieder zu Holze. Nur im Herbst, wenn das Rascheln des fallenden Laubes den Buschhase ängstigt, verläßt er den Wald oft wochenlang. Der echte Waldhase ist bei Tag stets im Wald. Seine Aesung sucht er jumeist auf Waldwiesen. Auch lebt er im Gegen-satz zum Feldhase stets paarweise und hat immer das gleiche Lager und denselben Wechsel. Die Weidmannssprache nennt die Ohren des Hasen „Löffel“, die Augen „Seher oder Lichter“, die Füße „Läufe“, das Haar „Wolle“, den Schwanz „Blume“ und die Haut „Balg“. Der Hase „äst“, er „sitzt“ oder „brückt sich“, er „rückt zu Felde“, um Aesung zu suchen, und „zu Holze“, um zu ruhen. Er folgt seinem Pafse oder Wechsel; er fährt ins Lager und wird von Jäger und Hund aus dem Lager herausgeköpft.

Der Stier als Reittier.

Verlängerung und Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Die ungarische Landwirtschaftsschule in Papa hat lange Jahre hindurch Untersuchungen und Versuche angestellt, ob sich durch Bewegung und Arbeit die Leistungsfähigkeit der Stiere als Vatteriere steigern und verlängern ließe. Sie hielt es für unrentabel, daß die Tiere, sobald sie ins fünfte Lebensjahr kamen, meist verfetteten und bald zur Zucht wenig geeignet wurden, sondern zum Schlächter geführt werden mußten. Auch der gewöhnliche Weideaufstieg steigerte die Leistungsfähigkeit und -dauer nicht in dem erwünschten Maße. Bei den Wildrassen des Kindes stellt sich gerade vom vierten Lebensjahre die beste Vererbung der Stiere ein, dem Alter, bei dem bei der Stallhaltung die Tiere meist verkauft und durch teure neue ersetzt werden müssen. — Nach den Angaben der Schule hat ihre Arbeit den schönsten Erfolg gehabt: Die Versuche freilich, den Stier als regelrechtes Arbeitstier zu verwenden, haben nicht zum Ziele geführt. Es ist zunächst einmal bei der angeborenen Wildheit des Farnen sehr schwer, ihn zu einer ruhigen und korrekten Arbeit zu erzähren; gelingt es aber, so vorausgibt er bei der Arbeit seine Kräfte derart, daß er träge und müde und lässig im Sprung wird. Als bestes Mittel zum Ziele nennt die Schule die Verwendung des Stieres als Reittier. Freilich muß man schon in früherer Jugend mit dem Einreiten des Tieres beginnen, damit es sich an diese Funktion gewöhnt. Es ist ratsam, die jungen Tiere zunächst im Stalle an der Kette zu

jatteln. Das Satteln geschieht genau wie beim Reittier, lediglich tritt an die Stelle der Trense der Nasenring. Der Stier folgt bald, durch die Unterstüßung des Nasenringes gewöhnt, jedem Druke wie ein Reittier. Es ist ratsam, die Ausritte täglich zu wiederholen und bis zu einer bestimmten, nicht allzu starken Ermüdung des Tieres auszudehnen. — Auf diese Art und Weise erreicht man eine große und langjährige Elastizität der Stiere und eine Hebung und Verlängerung der Vätereigenschaften. Bis zu seinem neunten Lebensjahre und darüber hinaus bleibt das Tier zur Dedleistung durchaus geeignet. Die Vererbung der Eigenschaften des Vaters ist gerade in der Zeit nach dem vierten Lebensjahre am besten.

Die Waffe im Kraftwagen.

Das Fahren im Kraftwagen bedeutet auf langen, unbewohnten Strecken für den Insassen eine gewisse Gefahr. Man denke insbesondere an Nachtfahrten durch waldreiche Gegenden. Wenn hierbei dem Kraftfahrer der Gedanke kommt, eine Waffe mitzunehmen, so dürfte dies wohl zweckentsprechend sein. Besteht nun die Absicht, durch eine Schutzwaffe, die z. B. irgendwo im Auto untergebracht ist, sich zu schützen, so ist auf die Bestimmung des Schutzwaffengeleges zu verweisen. Hier wird vorgeschrieben, daß ein Waffenschloß notwendig ist, wenn eine Schutzwaffe außerhalb der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befristeten Besitzums mitgeführt werden soll. Gleichgültig für die Verpflichtung ist aber, ob die Absicht besteht, die Waffe bei sich am Körper zu tragen oder dieselbe in einem Fahrzeug (Auto, Motorrad usw.) aufzubewahren. Als Schutzwaffen kommen hier in Betracht alle Waffen, bei denen ein Geschöß oder eine Schrotladung mittels Entwicklung von Explosionsgasen oder Druckluft durch einen Lauf getrieben wird. Aus dem Gesetzeswortlaut ist zu entnehmen, daß z. B. in sogenannten Baubuden, in Wohnungen herumziehender Künstler sowie in bewohnten Schiffen eine Waffenschloßpflicht nicht besteht. Dagegen ist ein solches notwendig z. B. im Wagen eines Bohnfuhrmannes, im Abteil eines Eisenbahnwaggons. Die Erteilung eines Waffenschloßes ist an den Nachweis besonderer Umstände geknüpft. Man darf aber annehmen, daß sich die Polizeibehörde im einzelnen Falle der Notwendigkeit nicht verschließen wird. Maßgeblich ist die persönliche Zuverlässigkeit des Antragstellers. Es wird aber notwendig sein, den Antrag gleich mit den nötigen Belegen zu versehen. So wird es z. B. vorteilhaft sein, Bestätigungen gewisser Fahrten beizubringen. Gegen die Ver-sagung ist Beschwerde im Aufschubweg zulässig.

Sinkende Lebenskurve.

Der Geburtenrückgang Deutschlands hat sich auch in diesem Jahre noch weiter fortgesetzt. Es ist aber nach den bisherigen Ergebnissen zu befürchten, daß er im Laufe dieses Jahres auch für unsere Nachkriegsverhältnisse ein ganz ungewöhnliches Ausmaß erreichen wird. Im ersten Vierteljahr betrug die Zahl der Lebendgeborenen 172 auf 1000 Einwohner gegenüber 184 bzw. 187 in der gleichen Zeit der vorhergehenden Jahre. Zur richtigen Würdigung dieser Zahlen ist daran zu erinnern, daß die Ziffer des entsprechenden Zeitraums im Jahre 1913 272 betrug! Da die Zahl der Eheschließungen gegenüber dem Vorjahre sehr stark zurückgegangen ist und die zweite Hälfte des Jahres erfahrungsgemäß immer einen großen Rückschlag der Geburtenzahl bringt, wird man in diesem Jahre mit einem neuen verhängnisvollen Rekordtiefstand rechnen müssen. Ohne Zweifel ist ja ein Hauptgrund dieser Entwicklung in unserer heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu suchen, vielleicht aber doch nicht der entscheidende. Denn wie wäre es sonst zu erklären, daß in allen städtischen und wirtschaftlich entwickelten Gegenden, darunter namentlich auch in den Ostprovinzen, die seit Jahren schon in der Einkommensbilanz Deutschlands am ungünstigsten abschneiden, immer noch bei weitem die höchsten Geburtenziffern zu verzeichnen sind? Freilich sinken auch hier die Zahlen, wie es scheint, unaufhaltsam abwärts. Immerhin ist es sehr bemerkenswert, daß die einzigen beiden bedeutenden Gebiete, die eine, wenn auch nur schwache Geburtenzunahme zu verzeichnen haben, Ostpreußen und Oldenburg sind. Dagegen wird die Lage in den Städten immer bedrohlicher, im besonderen natürlich bei den Großstädten. Für diese liegen auch schon die Zahlen für das zweite Vierteljahr vor. Danach beträgt die Geburtenzahl hier nur noch 122 je 1000 Einwohner. Berlin ist bereits bei 9,9 angelangt. Ihm zunächst stehen Frankfurt am Main mit 11,9, Dresden mit 12, Stuttgart mit 12,4, Hamburg mit 12,5.

Wie der Spah nach Amerika kam.

Der Spah war noch im Jahre 1850 in Amerika unbekannt. Mehrmals machte sich zu jener Zeit eine verderbliche Raupenplage bemerkbar, und man entfiel sich des europäischen Vießtrages, der gut der Plage hätte Herr werden können, hätte man ihn nur in Amerika gehabt. Im Jahre 1850 führte daher die Leitung des Brooklyn-Instituts acht Spahenpaare ein, die jedoch wahrscheinlich infolge unrichtiger Behandlung zugrunde gingen. Im Jahre 1852 brachte man



Winterhilfe-Aktion im vollen Gange.

Berliner Schüler sammeln auf Fahrzeugen der Reichswehr die aus den Häusern zusammengetragenen Kleidungsstücke und Lebensmittel, nachdem Reichswehrsoldaten die Bevölkerung durch Trompetensignale auf die Sammlung aufmerksam gemacht haben.

Einladung!

Zu dem am Sonntag den 25. Oktober 1931, abends 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden

„Abend der Winterhilfe“,

deren Erlös reiflos zum Besten der hiesigen notleidenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird, laden wir alle Bürger und Bürgerinnen der Stadt hiermit freundlichst ein. Der Eintrittspreis beträgt pro Person 0.50 Mk.

Die Eintrittskarten werden im Laufe der Woche im Vorverkauf durch junge Damen abgesetzt. Da es sich um ein wirkliches Unterstüßungswert handelt, bitten wir von dem Ankauf der Karten regen Gebrauch zu machen.

Selbstverständlich sind auch Eintrittskarten an der Abendkasse zu haben.

Laasphe, den 17. Oktober 1931.

Der Ausschuss für die Winterhilfe:
Graf zu Walbeck.

Programm

1. Kirchenchor: Freundschaft und Liebe
2. Wandervogelgruppe: a) Menuett, b) Gavotte
3. Turnverein-Knabenabteilung: Körperschule
4. Männergesangsverein: Heimatglocken
5. Volkstanzkreis: Geesländer Quadrille
6. Arbeitergesangsverein: Lebe wohl
7. Turnverein-Mädchenabteilung: Keulenschwingen
8. Wandervogelgruppe: Alter Berner Marsch
9. Arbeitergesangsverein: In einem kühlen Grunde
10. Turnverein: Barrenturnen
11. Männergesangsverein: Abends
12. Volkstanzkreis: Gotentanz
13. Kirchenchor: Abendlied

dann eine größere Anzahl aus England herüber, die während des Winters sorgfältig gepflegt wurden. Man setzte sie dann im Frühjahr 1853 auf einem Friedhof, dem Greenwood Cemetery, aus. Dort vermehrten sie sich sehr rasch. Im Jahre 1875 wurden die ersten Spahen in den Straßen der Stadt Hamilton gesehen, und ein damaliger Bericht des Landwirtschaftsamtes spricht sogar bereits von den Spahen als einer „Pest“. Philadelphia führte unabhängig von Brooklyn Spahen ein. Die Raupenplage war dort 1896 so groß, daß die Wälder in der Umgebung der Stadt und die damals noch vorhandenen Ahornbäume völlig entlaubt wurden. Die Stadtväter beschloßen daher, einen Mann nach England zu schicken, der den Transport von Spahen sachverständig leiten könnte. Die Wahl fiel auf John W. Bradley in dem Ort Germantown. Aus einer heute noch vorhandenen Zahlungsanweisung geht hervor, daß Bradley 1000 Spahenpaare mitbrachte. Die Raupen verschwanden, der Spah blieb; ein ebenso großer Nimmersatt wie in den Ländern der alten Welt.

Das Alter der Erde.

Zwei Milliarden Jahre!

Ueber das Alter der Erde hat Professor Dr. Otto Sahn, der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem, neuerdings Untersuchungen angestellt und gefunden, daß das wahre Alter unserer Erde auf etwa zwei Milliarden Jahre geschätzt werden muß, also viel höher ist, als man bisher annahm. Professor Sahn's Ansicht gründet sich auf die Tatsache, daß die radioaktiven Elemente Uran und Thor eine allmähliche freiwillige Atomumwandlung erfahren und durch Stufenweisen, nach festen Gesetzen regelten Zerfall schließlich zu Uranblei und Thoriumblei werden. Bestimmt man nun den genauen Urangehalt eines Uranminerals, so kennt man aus den radioaktiven Zerfallsgesetzen auch die jährlich gebildete Bleimenge und kann somit das Alter der Uran- und thoriumbleihaltigen Mineralien innerhalb geringer Fehlergrenzen ermitteln. Für die Mineralien der ältesten bekannten Gesteinsproben errechnen sich also Alterswerte bis zu 1500 Millionen Jahren, welche Zahl zugleich als untere Grenze für das Alter der abgeklärten Erde zu gelten hat; während sich aus der Annahme, daß das gesamte Blei unserer äußeren Erdoberfläche durch radioaktive Vorgänge erst auf der Erde entstanden ist, ein Höchstalter der zunächst noch im geschmolzenen Zustande befindlichen Erde von 3000 Millionen Jahren ergibt. Das wahre Alter unserer Erde dürfte daher nach Professor Sahn mit etwa zwei Milliarden Jahren ziemlich richtig eingeschätzt sein.

Haftung für Schäden beim Umzug.

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Auffassung vertreten, daß beim Wohnungswechsel der Mieter für Schäden, die durch den Transport seiner Möbel an Türen, Fenstern, im Treppenhause usw. entstehen, nicht haftbar gemacht werden kann, sondern daß sich der Eigentümer des Hauses oder der Wohnung wegen Schadenersatz an die Speditionsfirma oder denjenigen, der den Transport übernommen hat, halten muß. Diese Auffassung ist irrig. In erster Linie hat der Mieter dafür zu sorgen, daß beim Transport eines Eigentums keine Beschädigungen im Hause oder in der Wohnung entstehen. Insofern ist er also haftpflichtig. Allerdings kann er sich seinerseits natürlich später an demjenigen schaden halten, den er mit dem Umzug seines Mobiliars betraut hat. Dieses Haftpflichtverhältnis gewinnt gerade jetzt, in einer Zeit, in der die Umzüge von teuren in billigeren Wohnungen in noch nicht dagewesenem Umfange an der Tagesordnung waren und dementsprechend viele Schäden entstanden sind, an Bedeutung.